# Sturm in der Leipziger SPD

## Sozialdemokraten berichten an kommunistische Zeitung

Dresden, 10. Juni.

**Unser Leipziger Bruderblatt, die Sächsische Arbeiter-Zeitung, ist in der Lage, ausführliche Berichte über die Funktionärversammlung der Groß-Leipziger SAJ und die Generalversammlung der Groß-Leipziger SPD zu veröffentlichen. Diese Berichte sind ihr von sozialdemokratischer Arbeiterseite zugegangen und kennzeichnen die starke Empörung, die unter den ehrlichen SPD-Mitgliedern über den Schandkurs ihrer Führer herrscht.**

Die Funktionärversammlung der SAJ beschäftigte sich mit der offen rußlandfreundlichen Haltung der Reudnitzer Ortsgruppe der SAJ, die einen glänzend verlaufenen Rußlandabend veranstaltet hatte, von der die USP-Leitung behauptet, sie sei zu einer „Werbeveranstaltung für die KPD und ihre Jugend" geworden. Das Bezeichnende war, daß der „linke" Engelbert Graf vom Vorstand ausersehen worden war, der Jugend den Bolschewismus auszutreiben. Der Vorsitzende wurde durch die Funktionäre gezwungen, ein Verteidigungsschreiben der Reudnitzer Gruppe zu verlesen. In der Diskussion, die erst 22.45 begonnen konnte, erklärte als erster der Redner Wonn, die Jugend interessiere eben die proletarische Diktatur und der Erfolg des sozialistischen Aufbaues, den Graf auf dem Parteitag selbst habe zugeben müssen. Ueberdies sei es unmöglich, den Russen zu empfehlen, die Demokratie einzuführen, die in Deutschland schon so herrlich weit gediehen sei. (Stürmische Heiterkeit.) Nach dieser Rede flüchtete Engelbert Graf mit der faulen Begründung, er müsse noch seinen Zug erreichen. Andere Redner wandten sich scharf gegen einen Mißbilligungsantrag der UB-Leitung gegen Reudnitz und erklärten, die Haltung der Reudnitzer Gruppe verdiene Anerkennung. Nach verzweifeltem Kampf des Vorstandes wurde schließlich der Mißbilligungsantrag mit 42:31 Stimmen angenommen.

**Zeigte schon der Verlauf dieser Versammlung den Grad der** Empörung, so wurde das noch deutlicher bei der Generalversammlung der SPD. Hier wurden die Mitglieder gar nicht zu**gelas**sen, sondern lediglich Delegierte. Das Referat Ubbmanns war durch ein Geständnis interessant. Er stellte nämlich fest, **daß in den praktischen Fragen kein Unterschied zwischen Wels und Seydewitz bestehe.** (!) Auch die „Linke" könne keinen Ausweg aus der Krise zeigen. Zu Beginn der Diskussion ereignete sich der erste Zusammenstoß. Als sich der „linke" Bielig zum Wort meldete, wurde ihm dasselbe verweigert, weil er nicht delegiert sei. Darauf brach ein Sturm los. Bielig schrie in den Saal: **„Das ist eine gemeine Vergewaltigung!"** Schließlich wurde Bielig eine Redezeit von 20 Minuten eingeräumt, die er **zu einigen radikalen Redensarten gegen die Notverordnung benutzte, ohne auch nur mit einem Wort zu sagen, wie man gegen die Notverordnung ankämpfen soll. Die Stimmung auch dieser Delegierten-Versammlung war so, daß Liebmann zum Schluß ausdrücklich warnte, ja nicht zu wagen, in den Ortsgruppen „Giftpilze zu säen".**

**Am deutlichsten kommt die Abkehr der proletarischen Mitgliedschaft von dem verräterischen Kurs der rechten und „linken" Führer durch den Uebertritt zahlreicher proletarischer Mitglieder zur KPD zum Ausdruck, der sich im Leipziger Bezirk besonders stark bemerkbar macht. Der Bruch mit Wels und Liebmann wird zu einer Selbstverständlichkeit für jeden ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter.**

# Föller verhöhnt die Metaller!

**Die gestrige Generalversammlung des DMV nahm zu dem Lohnraubschiedsspruch gegen die 150 000 sächsischen Metallarbeiter Stellung und lehnte, ebenso wie die große Tarifkommission, den Lohnabbau ab. Der 1. Bevollmächtigte Föller besaß die Stirn, glatt zu erklären, daß diese Ablehnung nur eine Geste sei infolge der schlechten Lage und weil die Arbeiter nicht kämpfen wollen. Dies, nachdem er eingestanden hatte, daß die DMV-Bürokratie den Unternehmern selbst einen Lohnabbau von 1 Pfennig vorgeschlagen hatte.**

Die Stimmung in der Generalversammlung zeigte aber, daß die anwesenden etwa 600 Delegierten ernsthaft nach einem Ausweg suchten. Der **starke Widerspruch** gegen Föllers Niederlagenstrategie und die Ausführungen der Diskussionsredner zeigten, wie **ungeheuer die Empörung** der Metallarbeiter über den Lohnraub und wie groß ihr **Kampfwille** ist. Deshalb wurde von Föller gegen die Arbeiterstimme gesprochen und von dem berüchtigten Händel eine provokatorische Rede gegen die RGO gehalten, um so die Kollegen gegeneinander aufzuhetzen. Welche **Furcht** die Bürokratie vor der Opposition hat, zeigte dieses Auftreten ebenso wie das Einsammeln der Resolution, in der zum Streik gegen den Lohnraub aufgerufen wird. Diese Nervosität, dieses Bestreben, die „Streikgefahr" im „Interesse der Metallarbeiter" abzuwenden, kam auch darin zum Ausdruck, daß diesmal der berüchtigte Teuber reden mußte, der „linke" Enge aber, der sich in der vorigen Generalversammlung gegen die „Halbierungstaktik" wandte, durfte nicht auftreten. Händel ließ nach Ablehnung des Schiedsspruchs über eine Resolution an den Parteivorstand der SPD (!!) abstimmen, die gegen eine große Zahl Stimmenthaltungen angenommen wurde und schloß froh über den „Sieg", kurzerhand die Versammlung. Die Regie klappte noch einmal. Aber die betrogenen Metallarbeiter werden nicht verzweifeln, sondern **unter Führung der RGO allein kann die Lohnräuberfront im Streik niedergerungen werden. Folgt in allen Betrieben der Streikparole des Zentralen vorbereitenden Kampfausschusses!**

**Hinein in die RGO und wählt Delegierte zum roten Einheitskongreß am 13. und 14. Juni in Dresden, Regierheim!**

**Metallarbeiter! Duldet keinen Pfennig Lohnraub! Heraus zum Streik!**

Wir nehmen zu der Generalversammlung noch ausführlich Stellung.

# Für 150 Millionen Russenaufträge

Die Berliner Börsen-Zeitung veröffentlicht die nachstehenden beiden Meldungen, die zeigen, daß der sozialistische Aufbau der Sowjetunion den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot bringt und daß gleichzeitig bankrott gegangene kapitalistische Reeder gezwungen sind, ihre Schiffe an die Sowjetunion zu verkaufen.

„Zu den Meldungen, die in den letzten Tagen von der Presse über die Höhe der Sowjetbestellungen in Deutschland auf Grund des Abkommens mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR vom 14. April gebracht worden sind, erfährt WTB-Handelsdienst von dem Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR, daß bis Ende voriger Woche die Verhandlungen mit den Firmen über die Aufträge in Höhe von **ungefähr 150 Millionen Mark zum Abschluß gekommen sind.**"

**SPD-Bezirksvorstand Ostsachsen**

# Einig mit Wels . . .

## Die Führer billigen Parteitagsbeschlüsse / Rebellion der Mitglieder / Jungsozialist in Gittersee ausgeschlossen!

Dresden, 10. Juni.

**Der ostsächsische Bezirksvorstand der SPD hat zu den Beschlüssen des Parteitages Stellung genommen, um durch seinen Beschluß seinen Vertrauensleuten in den Ortsgruppen die Richtschnur für ihr Auftreten zu geben. Diese Stellungnahme ist nichts anderes als die vollkommene Solidarisierung mit Wels.**

Das wird durch die Zustimmung zur „Resolution Aufhäuser" ausgedrückt. Diese Resolution, die heuchlerische Worte gegen etwaige Verschlechterungen durch die Notverordnung enthält, die jedoch nicht etwa festlegt, daß man eine solche Verordnung bekämpfen wird, sondern deren Kernsatz die Worte bilden „Die SPD wird in der künftigen (?!) Haltung zur Reichsregierung sich davon bestimmen lassen, daß es gelingt, die lebenswichtigsten (?!) Arbeiterinteressen zu sichern." Was hinter dieser Phrase steckt, zeigt die Tatsache, daß dieser „radikalen" Kautschukresolution **alle Delegierten, einschließlich der wütendsten Panzerkreuzerbewilliger,** mit Wels an der Spitze, **zustimmten.** Diese „Resolution" wird also vom Bezirksvorstand unter Führung Oskar Edels den Mitgliedern als Kernstück präsentiert. Gebilligt wird weiter das Diktat des Herrn Wels, parteiaktivistische Fragen künftig nur noch in Mitgliederversammlungen zu erörtern. Gebilligt wird die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigungen und die Tätigkeit in der SAJ und bei den Kinderfreunden wird von der Zustimmung der Parteibonzen abhängig gemacht.

Das ist der Hauptinhalt der Beschlüsse, wie Oskar Edel und seine Leute sie brauchen, um ihren rechten Kurs mit Hilfe des gesamten Bonzenapparates gegenüber dem Mitgliederwillen durchzudrücken. Jetzt aber ist die Diktaturverordnung heraus. Ihr ungeheuerlicher Inhalt hat die breiten Massen in Bewegung gebracht. Jetzt ist es auch an der Zeit, an die schändliche „Begründung Aufhäusers" zu erinnern, die natürlich „radikaler" war als seine Resolution. Wörtlich sagte er in Leipzig:

**„Aber unerträglich und unannehmbar wären für uns die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattung oder Beamtengehaltskürzung, neue Massenbelastung, wenn damit nicht einmal die Arbeitslosenversicherung saniert wird."**

Nun, jetzt ist das alles von Brüning dekretiert! Was tut die SPD? Heute wird sie, nach den Presseankündigungen, im Reichstagsältestenausschuß den KPD-Antrag auf Reichstagseinberufung ablehnen!

Diesen offen verräterischen Kurs beantworten die Mitglieder mit stürmischem Protest. Fast in allen Mitgliederversammlungen, die bisher stattfanden, kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. In Gittersee gerieten in der Versammlung am 5. 6. die empörten Arbeiter mit den Wortführern der Wels-Edel-Politik so aneinander, daß es fast zu einer Schlägerei kam. **Der Jungsozialist Triebe wurde wegen dieser Auseinandersetzung aus der Organisation ausgeschlossen.** Eine ganze Familie aus Freital-Potschappel trat zum Zeichen des Protestes aus der Partei aus. Am deutlichsten und klarsten tritt jedoch der Bruch der Mitglieder mit der SPD-Politik in der täglich wachsenden Zahl der Uebertritte langjähriger SPD-Mitglieder zur KPD und zu den revolutionären Massenorganisationen zutage. Die Edel und Wels erhalten die ersten Quittungen für ihre Verräterei an den Interessen der Arbeiterklasse.

# Der Landtag zittert vor den Massen!

## Finanzausgleich enthüllt den Bankrott der Regierungspolitik: 35 Millionen Steuerausfall / SPD- und Nazi-Phrasen gegen Notverordnung aus Furcht vor der Bolschewisierung / Kommunisten rechnen ab

Dresden, den 9. Juni 1931

Zu Beginn der Landtagssitzung wird mitgeteilt, daß der Genosse Wehner sein Mandat niedergelegt hat. Die Partei hat dem Genossen Wehner Arbeit im Reich zugewiesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Genosse Renner** vor der Beratung des Finanzausgleichs **zu der neuen Notverordnung** Stellung zu nehmen. Die Kommunisten haben bereits hierzu mehrere Anträge eingereicht, die Stellung nehmen gegen das neue Hungerdiktat und die Nichtdurchführung der Notverordnung für Sachsen, ebenso wie die Nichtvornahme des Abbaues der Beamtengehälter fordern. Gen. Renner hebt dabei hervor, daß die Beratungen zum Haushaltplan ohnehin eine reine Komödie darstellen, da die Notverordnung alles über den Haufen wirft. Er charakterisiert dabei die **Ermöglichung der Notverordnung durch die Haltung des Leipziger SPD-Parteitages,** der ausdrücklich abgelehnt hat, Stellung zu nehmen, obgleich die SPD-Führer als Stützen des Brüning-Systems genau über den ungeheuerlichen Inhalt unterrichtet waren.

### Die Nazi-Provokationen am Pranger

Gleichzeitig forderte Gen. Renner die Beratung der kommunistischen Anträge, die sich mit den **organisierten Naziüberfällen in Dresden, Chemnitz und Limbach** befassen. Dabei wird die Haltung der Polizei als Hilfsstellung für den Faschismus gekennzeichnet. Gen. Renner erklärt, daß die sächsischen Arbeiter sich jetzt energisch und mit allen Mitteln gegen den Naziterror zur Wehr setzen werden. **Der sozialdemokratische Landtagspräsident Weckel entzieht ihm hierauf das Wort.** Der Stahlhelmsozialparteiler Lippe erhebt Widerspruch gegen die sofortige Beratung der kommunistischen Anträge, die dadurch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Den Hauptpunkt der Beratungen bildet der Gesetzentwurf zur Aenderung des **Landesfinanzausgleichs.** Dieser Entwurf kennzeichnet die Faschisierung des „demokratischen" Staates. Ohne dem Finanzchaos irgendwie abhelfen zu können, steht er die Einrichtung einer neuen Diktaturinstanz vor und macht die Beschlüsse der Gemeindekammer unwiderruflich. Auf diesen ungeheuerlichen Entwurf weiß **Oscar Edel** im Tone des echten Regierungssozialisten lediglich ein paar demagogische Phrasen über „Kampf um die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden" zu dreschen. **Grundsätzlich stellt er sich auf den Boden der Regierungsvorlage und kündigt einige Abänderungsanträge an.** Auf Zuruf wird er gezwungen, gegen seinen Willen Stellung zu nehmen zur Notverordnung, und hier wagt es der Oberschieber der sächsischen Delegation auf dem Parteitag der SPD, öffentlich zu schwindeln, der Parteitag habe Beschlüsse gefaßt, die einen „Kampf der SPD gegen die Notverordnung" darstellen.(!) Kommunistische Zurufe nageln diese Schamlosigkeit fest, und schließlich weiß sich Edel nicht anders zu helfen, als daß er mit der plumpen Beschimpfung antwortet: „die Kommunisten ständen im Bunde mit der Reaktion und ihr Regime würde noch furchtbarere Unterdrückungsmaßnahmen bringen, als die Brüningdiktatur".

### Der Finanzbankrott der Kapitalsregierungen

**Finanzminister Hedrich** wendet sich gegen jede Begünstigung der Gemeinden, **durch Verzicht** auf Staatsanteile an Steuern. Er gibt dabei zu, **daß sich die Finanzverhältnisse einfach katastrophal entwickeln,** und daß alle Voranschläge als unzutreffend bezeichnet werden müssen. Allein an Steuerrückgängen verliere der sächsische Staat aller Voraussicht nach im Jahre 1931 etwa 35 Millionen Mark. Diesen Beweis für die Mißwirtschaft versucht die Regierung als Schreckschuß gegen die notleidenden Gemeinden zu benützen und ihr Ausplünderungsdiktat aufzuzwingen.

### Die Kommunisten rechnen ab

Der Redner der kommunistischen Fraktion, Gen. **Herrmann, Leipzig,** beleuchtet den Sinn dieses Eingeständnisses der bankrotten Regierungspolitiker. Gerade dadurch ist erwiesen, wie richtig die kommunistische Forderung war, zunächst Stellung zu nehmen zur **Notverordnung.** Das ungeheuerliche Diktat der Regierungen des bankrotten kapitalistischen Systems zerstört nicht nur alle bisherigen Berechnungen, sondern wird auch alle weiteren über den Haufen werfen. Das Chaos der kapitalistischen Mißwirtschaft findet auch bei dem Finanzausgleich der Regierung Schieck ihren deutlichen Ausdruck. Der sozialdemokratische Redner versuchte durch ein paar freche demagogische Phrasen gegen die Kommunisten, die Mitschuld der SPD an dem Elend, das dieses System heraufbeschwört, abzuleugnen. Der schmähliche Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages, der sich vor Erlaß der Notverordnung nach Hause schicken ließ, um der Regierung freie Hand zu lassen, spricht jedoch eine deutliche Sprache. Das Finanzausgleichsgesetz ist ebenso wie die Diktaturverordnung Brünings nur ein Symptom für die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es bedeutet eine Täuschung der Arbeiterklasse, wenn man ihr einzureden versucht, der Finanzausgleich im kapitalistischen Staat brächte den notleidenden Massen in den Gemeinden Hilfe. Der sozialdemokratische Parteitag und die Rede Edels zeigen die vollkommene Liquidierung marxistischer Gedankengänge bei den SPD-Führern, aber nach wie vor gilt der Satz von Karl Marx, daß der Staat nur das Machtinstrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Beherrschten ist! Das gilt für Brüning und für Herrn Schieck, und so wie Brüning und seine Diktaturverordnung die zusammenbrechende kapitalistische Wirtschaft mit Gewaltmethoden aufzuhalten versucht, so versucht Schieck das Gleiche mit seiner Regierungspolitik in Sachsen. Der Finanzausgleich ist ein Teil dieser Stützungsaktion. Er dient der Stärkung der Staatspositionen gegenüber den notleidenden Gemeinden. **Wer ihm zustimmt und ihn bewilligt, der unterstützt die Klassendiktatur der Ausbeuter gegen die Ausgebeuteten.** Der hat auch das Recht verwirkt, sich als Interessenvertreter des Proletariats auszugeben. Edels Phrase vom „Kampf der SPD gegen die Notverordnung" enthält kein Wort über das „Wie" dieses Kampfes. Die SPD ist durch ihre ganze Politik mit diesem verfaulten System ebenso verbunden, wie die Nazis, die trotz ihrer radikalen Phrasen lediglich als Einpeitscher und als Schutztruppe zu Gunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung dienen. Wir Kommunisten werden im Ausschuß einige Abänderungsanträge stellen, die sich insbesondere gegen die Diktatur von Staatskommissaren und der Gemeindekammern richten. Wir werden auch besondere Hilfe für die **Arbeiterwohnungen durch Staatsanteilkürzung bei der Kraftfahrsteuer,** durch Zuführung von Mitteln zur Bekämpfung des **Straßenverfalls** u. a. m. fordern. Aber wir sagen gleichzeitig ganz offen, daß den Massen nicht durch Reich oder Staat Hilfe geleistet oder ein Ausweg gezeigt werden wird aus dem Elend. Wenn die Sozialdemokratie unter Verrat aller sozialistischen Grundsätze auf ihrem Parteitag erklärt, sie kenne nicht den „Stein der Weisen", der einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zeigt, so sagen wir Kommunisten: **Es gibt einen Ausweg, das ist der Weg der Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft und ihre Ersetzung durch den Sozialismus, der mit Hilfe der proletarischen Diktatur aufgebaut werden muß.** Wenn Oscar Edel zetert, daß dies drakonischere Maßnahmen bringen würde, als die Brüning-Diktatur, so sagen wir: **Jawohl, harte Maßnahmen wird die proletarische Diktatur bringen, aber Maßnahmen gegen die Kapitalisten, gegen die Schmarotzer und Ausbeuter, und diese harten Maßnahmen werden wahre Hilfe für die notleidenden Massen sein.** Die Kommunisten bekämpfen diese Gesellschaftsordnung, und damit den bürgerlichen Staat und seine Regierungen. Deshalb werden sie auch den Finanzausgleich in seiner Gesamtheit ablehnen.

Der weitere Verlauf der Debatte kennzeichnet die ganze Ratlosigkeit des Bürgertums und seiner Hilfstruppen. Charakteristisch ist hierfür die Rede des Wirtschaftsparteilers Wilhelm, der selbst von einem „Zusammenbruch" und einem „bankrotten System" sprach, die Finanzausgleichsverhandlungen eine Komödie nannte, und erklärte, daß die Erregung der Massen über die neuen Hungerdiktate ungeheuer groß sei. Zum Schluß sprach er sogar von einem „Kampf gegen die Notverordnung". Der Nationalsozialist **Kunz** hieb in dieselbe Kerbe und als „Kernpunkt" seiner radikalen Phrasen kam dann die gleiche Furcht vor der Revolutionierung der Massen zutage. Er beschwor das Bürgertum, andere Maßnahmen zu ergreifen, **da falsche Notverordnung nur — die Bolschewisierung Deutschlands erzeuge.** So waren die ganzen Beratungen von Anfang bis Ende beherrscht von der Furcht des Bürgertums vor den rebellierenden Massen, die sich unter Führung der KPD zum Kampf zu sammeln beginnen. Die gesamte Vorlage wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Bei Beratung der Tagesordnung für die nächste Sitzung erhob Genosse Renner erneut die Forderung auf Behandlung der kommunistischen Anträge gegen die Diktaturverordnung, diesmal gestützt auf den Verlauf der Debatte. Keiner der bürgerlichen Redner wagte zu widersprechen, und so wurde die Behandlung der KPD-Anträge für die nächste Sitzung, Dienstag den 16. Juni, einstimmig beschlossen.

Den Schluß bildete die Beratung des Etatkapitels „Landtag". Hierbei kennzeichnete **Gen. Sieget** die Haltung der SPD, die sich als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus fühlt, und die der Nazis, die hinter den Phrasen vom 3. Reich die feurige Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes verbergen. Zu den Fragen des Landtagspersonals forderte er die Höherziehung **der Besoldung der unteren Angestellten und Beamten.** Dieser Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Damit war die Tagesordnung dieser Sitzung erschöpft.

# Zusammenstöße am Sternplatz

**Bei Redaktionsschluß: Auf dem Sternplatz und in der Umgebung des Materniarbeitsamts kam es zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei, die in unerhörter Weise vorging und wahllos verhaftete. U. a. wurde der Redakteur der Arbeiterstimme, Gen. Hoop, grundlos verhaftet, gerade als er sich im Hausflur des Redaktionsgebäudes befand, das er zu verlassen im Begriffe war.**